Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 30. August 1926 — Nummer 190

Geßlers korrupte Reichswehr

Riesenunterschleife durch hohe Reichswehroffiziere

Berlin, 30. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern ist Hindenburg, dem Reichs- und dem preußischen Staatsministerium, den Mitgliedern des Reichstages, sowie den Staatsanwaltschaften eine Denkschrift der bekannten Schriftsteller Lehmann-Rußbüldt und Carl Mertens zugegangen, die den Nachweis unerhörter Korruptionserscheinungen bei der Reichswehr enthält. Darnach haben Offiziere der Wehrmacht und besonders angestellte Ziviloffiziere Munitionsvorräte, Geschützmaterial, Kraftfahrzeuge, Flugzeugapparate und sonstige optische Geräte aller Art in eigens eingerichteten Depots aufgestellt. Wie Kenntnis des Reichswehrministeriums seien besondere Schiebergesellschaften gegründet worden. Mit der Gründung und Hauptgeschäftsführung sei ein gewisser Dr. Kolker beauftragt worden. Die Offiziere erhielten hohe Provisionen. Das Oberlandesgericht Königsberg, das bereits Mitteilung über diese Dinge erhielt, bezeichnete sie als erlogen. Ein Offizier, der in die Affäre verwickelt ist, verunglückte auf eigentümliche Weise bei einer Jagd tödlich. Die Denkschrift behauptet, daß er aus Furcht vor der Aufklärung der Korruptionserscheinungen Selbstmord verübt habe.

*

Der „Montag Morgen" veröffentlicht heute eine Reihe Einzelheiten aus dieser Denkschrift. Der „Montag Morgen" schreibt dazu, daß zu den Mitbegründern und „Geschäftsleitern" neben einem gewissen Dr. Kolker, einem Zivilangestellten des Reichswehrministeriums und persönlichen Freunde des Ministers Geßler, sowie dem Treuhänder des Ministeriums Dr. Otto v. Guthmann aus München, auch der als politischer Hochstapler bekanntgewordene Hauptmann a. D. Gilbert gehörte. Zwischen der Gesellschaft (Gezevi), die mit Mitteln des Reichswehrministeriums auf reichseigenem Gelände in Königsberg zur Erschließung von Industriegelände gegründet wurde und der Ostpreußischen Maschinen-Genossenschaft entwickelte sich ein Geschäftsverkehr, der in zahlreichen, für die Firma außerordentlich lohnenden Verträgen von Heeresgut führte.

Für die **die beteiligten Offiziere hohe Provisionen erhielten.**

So kaufte die Ostpreußische Maschinen-Genossenschaft 18 000 Stück Brieftaschen, späterhin einen umfangreichen Posten Drehbänke für Granaten, Fräsmaschinen und Revolverbänke wie auch Granaten, Pulver in großen Quantitäten und Autos wurden unter andern an die Firma Karl Bauer u. Co. in Königsberg verkauft.

Ueber alle diese Schiebereien und die dabei an die Offiziere gezahlten hohen Provisionen war der Generalstabsoffizier der Reichswehr Königsberg, Hauptmann Liese unterrichtet. Derselbe Hauptmann hat die Gewinne, die er aus diesen und anderen Schiebergeschäften machte, im Auslande angelegt und unterhält auch heute noch unter fingierten Namen ein ausländisches Bankkonto. **Dies geht aus einem Memorandum hervor, die** der wegen Landesverrates angeklagte, dann aber nach einjähriger Untersuchungshaft freigesprochene Major Rieckel am 16. Januar 1926 dem preußischen Innenminister überreichte und von dem eine Abschrift auch dem Reichswehrministerium zuging. In dem Landesverratsprozeß gegen Riecker, den man nach berühmtem Muster zu vernichten suchte, weil er die Schiebungen seiner Kameraden hatte aufdecken wollen, spielte ein Gutachten des Reichswehrministeriums eine gewisse Rollen. Dieses, unter Sachverständigeneid abgegebene Gutachten wurde vom Oberlandesgericht zu Königsberg in dem Prozeß am 17. November 1924 — selbstverständlich fand er unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt —,

als „erlogen" bezeichnet.

Sein Verfasser war aber jener Königsberger Hauptmann Liese, der heute noch, inzwischen zum Major avanciert, als erster Generalstabsoffizier im Generalstab der 1. Division in Königsberg sitzt.

Ein weiterer Zivilangestellter des Ministeriums, ein Herr Engelmann, beschwor in dem Prozeß, daß er Riecker im Auftrage des Reichswehrministeriums bestochen habe, um ihn zur Strecke zu bringen. Engelmann hat auch unter seinem Eide zugeben müssen, daß er mehrfach geäußert habe, er **und Kolker hätten**

die Haushalte von Geßler und Seeckt mit billigen Lebensmitteln versorgt,

sie hätten die Herren des Reichswehrministeriums vollständig in der Tasche.

Der Oberstleutnant a. D. Ludloff ist wenige Tage nach der am 16. Januar 1926 erfolgten Ueberreichung der Denkschrift an Severing **„auf der Jagd tödlich verunglückt".** Zwei Tage nach der Ueberreichung der Denkschrift starb auch der Chef des Waffenamtes, Generalleutnant Würzbacher „am Herzschlag". Der „Montag Morgen" nimmt an, daß er aus Furcht vor einem Skandal, seinem Leben mit Veronal ein Ende gesetzt habe.

Die Korruption in der „republikanischen Reichswehr" des Herrn Geßler stinkt zum Himmel. Man darf darauf gespannt sein, ob sich nun Herr Geßler endlich bequemt, zu diesen ungeheuren Anklagen der Schriftsteller Lehmann-Rußbüldt und Mertens Stellung zu nehmen. Bekanntlich hat die „Welt am Abend" schon viel früher die Behauptung aufgestellt, daß Reichswehrgelder zu Waffenschiebungen in Ostpreußen verwendet worden sind. Während sonst der Staatsanwalt sofort zum Eingreifen gegen die Arbeiterpresse bereit ist, weigerte sich damals Geßler ausdrücklich, gegen die „Welt am Abend" vorzugehen, angeblich deshalb, um die Zeitung nicht interessant zu machen. Geßler schwieg auch, als die Waffenschiebungen durch die Staatsanwaltschaft und Gerichte festgestellt wurden. Die Denkschrift Lehmann-Rußbüldt rollt nun erneut den Reichswehrskandal auf und kennzeichnet damit die ganze Korruptheit der herrschenden Gesellschaft, die nicht nur die Steuermittel zur Finanzierung der schwarzen Banden der Konterrevolution verwendet, sondern eine gewaltige Clique mit Schmiergeldern bereichert.

Die Zuspitzung des Bergarbeiterkampfes

Von R. Palme Dutt.

Der Kampf der Bergarbeiter ist jetzt an seinem entscheidenden Punkt angelangt. Der Versuch der Führer der Bergarbeiter, den Kampf durch ein Kompromiß zum Abschluß zu bringen, ist von den Bergwerksbesitzern zurückgewiesen worden. Die Abstimmung der Bergarbeiter hat ihren ungebrochenen Entschluß gezeigt, jeden Vorschlag auf Unterwerfung zurückzuweisen, und trotz ihrer eigenen Leiden und der Desertion der anderen Gewerkschaften sind sie entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen, solange sie kämpfen können. Jetzt gibt es keine Alternative für die Führer der Bergarbeiter und für die ganze Arbeiterklasse, als ihre ganze Kraft ohne Reserve in den bevorstehenden Tagen in den Kampf zu werfen, wenn sie nicht wollen, daß der Kampf mit einer furchterlichen Niederlage endet.

Die ernsteste Frage, um die es sich jetzt dreht, ist die Politik, die von den Führern der Bergarbeiter eingeschlagen wird. Seit Mitte Juli, als das Memorandum der Bischöfe von der Bergarbeiter-Exekutive angenommen wurde, haben die Führer der Bergarbeiter immer deutlicher ihren Unglauben an der Möglichkeit des Sieges ausgedrückt und den Wunsch geäußert, den Kampf durch ein Kompromiß zu regeln, indem sie die ursprünglichen Bedingungen aufgaben. Sie haben für dieses Kompromiß unter den Bergarbeitern Propaganda getrieben und auch gegen jene polemisiert, die bei den ursprünglichen Bedingungen beharrten und den Kampf fortzusetzen wünschten.

Aber dieses Nachlassen und der Wunsch nach einem Kompromiß kam nur von den Führern der Bergarbeiter und nicht von den Bergarbeitern. Das Memorandum der Bischöfe nahm den Samuel-Bericht als richtig an und wollte als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung des Siebenstundentages und eines Zuschusses, der den Status quo für vier Monate aufrechterhalten sollte, die Bestimmung der Löhne nachher einem Zwangsschiedsgericht überlassen. Die Annahme des Memorandums der Bischöfe war also eine vollständige Preisgabe der ursprünglichen Parole: „Keinen Penny weniger Lohn, keine Sekunde mehr Arbeit!" Dieser neue Schachzug hatte sofortige Proteste der Föderationen von South Wales und Durham zur Folge. Eine Reichskonferenz wurde zusammenberufen, die mit nur ganz geringer Mehrheit ein Mißvertrauensvotum gegen die Exekutive verwarf. Die Exekutive versuchte die Zustimmung zu diesem Memorandum zu erhalten, aber nach vielem Druck konnte sie nur einen Beschluß erreichen, daß die Bezirke darüber abstimmen sollten, und daß man den Bezirken die Annahme empfahl. Die **Abstimmung ergab dann die vollständige Zurückweisung des ganzen Memorandums.** Trotz ihrer Niederlage wollte die Exekutive in einer neuerlichen Delegiertenkonferenz am 16. und 17. August die Bewilligung erzwingen, Verhandlungen einzugehen, und nach langer Debatte wurde ihr diese Bewilligung mit geringer Majorität auch gegeben.

Daß man überhaupt einen solchen Vorschlag in Betracht zog, war nur auf den Einfluß der Führer, besonders von Smith und Cook, die früher einen unnachgiebigen Standpunkt eingenommen hatten, zurückzuführen. Was hat die Bergarbeiterführer zu diesem Wechsel ihrer Politik gebracht? Erstens die Furcht, daß die Bergarbeiter ohne die Unterstützung der anderen Arbeiter nicht gewinnen können, wozu noch kommt, daß ausländische Kohle ungehindert eingeführt wird. Zweitens die Ansicht, daß das Memorandum der Kirche die „öffentliche Meinung" beeinflussen wird. Drittens die Furcht vor dem Achtstundentaggesetz und der Wunsch, den Siebenstundentag und ein Uebereinkommen für das ganze Land zu retten, sogar auf Kosten der Löhne. Viertens die Angst, daß eine Fortsetzung des Kampfes den Abfall einzelner Bergarbeiter und ganzer Gruppen und den Zusammenbruch der Gewerkschaften bringen würde. In Wirklichkeit hat diese Politik der Bergarbeiterführer nur die Folge gehabt, daß die Reihen der Bergarbeiter geschwächt und verwirrt und der Feind ermuntert wurde, ohne daß die Lösung jetzt näher liegt.

In erster Linie haben sie den Kampfwillen der Bergarbeiter unterschätzt und haben Meinungsverschiedenheiten aufkommen lassen, wo früher Einheit war, eine Einheit, die weder von der Regierung, noch von den Grubenbesitzern, weder von der Presse, noch von der Kirche, der Labour Party oder dem Generalrat gebrochen werden konnte, sondern nur von den Bergarbeiterführern allein. In zweiter Linie haben die Bergarbeiterführer über eine Niederlage zu sprechen begonnen, bevor sie alle Möglichkeiten des Kampfes erschöpft hatten; nicht nur, daß man die Sicherungsmannschaften in den Bergwerken nicht zurückgezogen hatte, hatten sich die Bergarbeiterführer durch den unglückseligen Pakt des Schweigens mit dem Generalrat gebunden und sich so jeder Möglichkeit beraubt, direkt über die Köpfe des Generalrates an die Arbeiter zu appellieren, ihnen zu Hilfe zu kommen. Schließlich sogar, wenn der Punkt erreicht wäre, wo eine Niederlage unerläßlich war, so war die Taktik der Bergarbeiterführer doch unrichtig. Anstatt die Lage frei ins Auge zu fassen und für eine vorübergehende Unterwerfung unter überlegene Kräfte einzig und allein als eine Gewaltregelung einzutreten, mit der unverhüllten Absicht, weiter zu kämpfen, sobald die notwendige Vorbereitung getroffen und eine stärkere Unterstützung gesichert wäre, begannen die Bergarbeiterführer Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, indem sie die Annahme des Memorandums der Bischöfe empfahlen. Diese Verleugnung ihrer früheren Propaganda **spielt direkt den Führern des rechten Flügels in die Hände.** Diese beeilten sich, sofort zu erklären, daß in diesem Fall der **schwächige Kampf umsonst gewesen sei, da jetzt die Bergarbeiterführer denselben Standpunkt einnehmen, den sie (die Führer des** rechten Flügels) bereits vor 16 Wochen eingenommen hätten. Anstatt daß man den rechten Flügel für eine eventuelle Niederlage verantwortlich gemacht hätte, konnten sich jetzt die Rechten als die „weisen" Führer aufspielen, weil die Bergarbeiterführer ganz in ihre Phraseologie hineingeglitten waren.

Angesichts der obigen Betrachtungen und angesichts der wirklichen Kampfmöglichkeit, im Falle einer starken Führung, war

Schiedsspruch im Ruhrbergbau angenommen

Wie das WTB aus Essen meldet, ist der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau durch die Arbeitnehmer angenommen worden.

Die Annahme des Schiedsspruches durch die Gewerkschaftsführer ist ein doppelter Verrat. Zunächst werden dadurch die Forderungen der Bergarbeiter, die eine mindestens 20prozentige Lohnerhöhung verlangten, preisgegeben. Gleichzeitig verzichtet damit auch die Verbandsleitung auf ihre eigene Forderung auf Erhöhung der Schichtlöhne um 80 Pf. Andererseits ist die Annahme des Schiedsspruches ein Dolchstoß in den Rücken der heldenmütig kämpfenden englischen Bergarbeiter.

Die Annahme des Schiedsspruches durch die Verbandsbureaukratie hat nunmehr, nachdem die Unternehmer aus taktischen Erwägungen heraus den Schiedsspruch abgelehnt haben, Verbindlichkeitsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zur Folge. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Verbindlichkeitserklärung im Interesse der Grubenbarone ausgesprochen wird und damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ruhrbergarbeiter bis zum April des nächsten Jahres festgelegt werden. Gegen diese reformistische Taktik müssen die Bergarbeiter an der Ruhr und in allen anderen Revieren mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Sie müssen auf ihren Lohnforderungen bestehen bleiben und die sofortige Kündigung des Arbeitsabkommens durchsetzen. Die erste Antwort muß die Verweigerung jeder Ueberschicht sein.

*

Ueberschichten abgelehnt!

Essen, 28. August. (Eigener Bericht.) Die Zechenverwaltung von Friedrich Heinrich 1—2 in Lintfort versuchte das Ueberschichtensystem einzuführen, wonach jedes Revier in der Woche dreimal eine Viertel Ueberschicht verfahren soll. Die Belegschaft lehnte das jedoch einstimmig ab, weil sie den englischen Bergarbeitern nicht in den Rücken fallen wollte.

Die unverschämten Forderungen der Zechenverwaltung bedeuten nicht mehr und nicht weniger als den Versuch einer planmäßigen und dauernden Verlängerung der Arbeitszeit. Die Kumpels von Friedrich Heinrich 1—2 haben die einzig mögliche Antwort gegeben, und die Begründung ihrer Antwort ist ein Beweis ihres vorbildlichen Solidaritätsgefühls.

Der Feldzug gegen den Roten Frontkämpfer-Bund

Eine Erklärung der Bundesleitung des RFB

Wie bereits mitgeteilt, wurde durch den preußischen Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpferbundes auf Grund des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages aufgelöst.

*

Zu dieser unerhörten Provokation Severings, die nichts anderes darstellt, als den ersten Erfolg der systematisch geführten Verbotshetze, veröffentlicht nunmehr die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes folgende Erklärung:

„Nach Mitteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes ist die Ortsgruppe Hindenburg des RFB wegen Verstoßes gegen Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages aufgelöst worden. Wir verweisen darauf, daß wir auf Grund unseres Statutes jede illegale Bewaffnung und militärische Ausbildung unserer Mitglieder ablehnen. Nachweisbar sind Kameraden, die gegen diesen Punkt unseres Statutes verstoßen haben, in jedem uns bekannt gewordenen Fall ausgeschlossen worden. Die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg ist nur als Einleitung zu dem geplanten Verbot des RFB zu werten. Das unlängst veröffentlichte Geheimrundschreiben des thüringischen Innenministeriums, wonach im RFB eine geheime Bewaffnung vor sich gehen soll, ist anscheinend auf fruchtbaren Boden gefallen. In Halle haben anläßlich einer Haussuchung im Gaubureau des RFB zwei Polizeispitzel der Gauleitung Waffen zum Kauf angeboten. Wahrscheinlich haben auch im Fall Hindenburg Polizeispitzel ihre Hände im Spiele. Es ist kein Zufall, daß der Regierungspräsident von Oppeln in Schlesien einen für den 28. und 29. August in Groß-Strelitz geplanten „Roten Tag" verboten hat. Dieses Verbot und die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg des RFB wie die intensive Pressehetze in den letzten Monaten gegen den RFB, die in den letzten Tagen etwas nachgelassen hat, war gedacht als die Vorbereitung der öffentlichen Meinung für das Verbot des RFB. Die wiederholte Beschlagnahme unseres Bundesorgans war ein weiterer Schritt auf dem Wege zu dem geplanten Verbot des RFB. Der Reif soll dem RFB durch eine infame Spitzelmache gegeben werden. Wir fordern unsere Kameraden auf, ihre Augen offen zu halten gegen alle Provokateure und verdächtigen Elemente in unseren Reihen. Eiserne Disziplin aller Kameraden und verstärktes Werben für den RFB muß die Antwort auf die Verbotshetze und auf die Spitzelmanöver unserer Feinde sein.

Bundesleitung des RFB."